

TOP 9	Wasserwirtschaft
TOP 9.1	Neugestaltung des EUA-Messnetzes und EU-Nitratmessnetzes

Berichterstattung: BMU

Bezugsvorgang:

Anlage:



com2013_0683de01[
1].doc

Sachstand:

Gemäß Artikel 10 der Richtlinie 91/676/EWG ist die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, am Ende jedes Vierjahresprogramms einen Bericht vorzulegen, um die Wirkungen des Aktionsprogrammes zur Reduzierung der Nitratemissionen aus landwirtschaftlichen Quellen zu beurteilen. Zur Untersuchung und Bewertung der Gewässerbelastungen durch Nitrat und deren Entwicklung sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, geeignete Überwachungsprogramme durchzuführen. Die Mitgliedstaaten, die die Aktionsprogramme in ihrem gesamten Gebiet anwenden, überwachen zudem den Nitratgehalt der Gewässer (Oberflächengewässer und Grundwasser) an ausgewählten Messstellen, an denen der Grad der Nitratverunreinigung der Gewässer aus landwirtschaftlichen Quellen festgestellt werden kann.

Bisher werden lediglich etwas mehr als 160 Messstellen als Belastungsmessnetz für die Berichterstattung zur Nitratrichtlinie genutzt. Dies erlaubt zwar Aussagen zur Wirksamkeit der Aktionsprogramme, Aussagen zur Nitratbelastung der Gewässer insgesamt durch landwirtschaftliche Einträge können daraus aber nur eingeschränkt abgeleitet werden. Ein regelmäßiger und umfassender Überblick über die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Nutzflächen auf die Gewässer Deutschlands fehlt bisher.

Auf der Grundlage der Artikel-10-Berichte der Mitgliedstaaten veröffentlicht die Kommission einen zusammenfassenden Bericht zur Nitratsituation in Europa und übermittelt ihn dem Europäischen Parlament und dem Rat. Im Vergleich mit den anderen Mitgliedstaaten rangiert Deutschland in diesem Bericht, was die Dichte des Nitratmessnetzes und die Belastungsintensität des Grundwassers angeht, im untersten Abschnitt der Rangfolge. In Folge dessen wurde das deutsche Aktionsprogramm zutreffend als nicht ausreichend wirksam eingestuft. Da Deutschland bisher nicht die notwendigen Verschärfungen des Aktionsprogramms vorgenommen hat, ist die EU-Kommission der Auffassung, dass Deutschland gegen die Regelungen der Nitratrichtlinie verstoßen hat. Gegen Deutschland wurde ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Der Kommissionsbericht zeichnet allerdings im Hinblick auf die deutschlandweite Belastungssituation der Gewässer durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen ein fachlich unzureichendes Bild. Die gewählten Belastungsmessstellen sind nicht flächenrepräsentativ, was in der öffentlichen Wahrnehmung der Nitratberichte zu Fehlannahmen verleitet und in der politischen Wahrnehmung Irritationen hervorruft. So werden die national auf Länderebene berichteten positiven Entwicklungen (Kooperationsbemühungen, Agrarumweltmaßnahmen etc.) international kaum oder gar nicht wahrgenommen. Im Lichte dessen erscheint es erforderlich, die Konzeption des Messnetzes für die Nitratberichterstattung zu überarbeiten und das bestehende Belastungsnetz weiter zu entwickeln. So sollte Artikel 5 Absatz 6 Satz 2 der Nitratrichtlinie „Die Mitgliedstaaten überwachen den Nitratgehalt der Gewässer ...an ausgewählten Messstellen, an denen der Grad der Nitratverunreinigung der Gewässer aus landwirtschaftlichen Quellen festgestellt werden kann“ ausreichend berücksichtigt werden. Dies bedingt, dass zur Übersicht der Nitratbelastungen ein für die Landwirtschaft in Deutschland repräsentatives Beobachtungsnetz entwickelt wird, dessen integraler Bestandteil das bisherige

Belastungsmessnetz zur Bewertung des Aktionsprogrammes sein muss.

Beratung:

Beschlussvorschlag:

1. Der LAWA – AG richtet eine Kleingruppe zur Überprüfung der Messnetzkonzeption und zur Überarbeitung des Nitratmessnetzes ein.
2. Die Länder werden gebeten, Mitglieder für die Kleingruppe „Nitratmessnetz“ bis zum zu benennen.
3. Bis zur Wahl eines Obmannes der Kleingruppe übernimmt das Umweltbundesamt den Vorsitz und lädt zur ersten Besprechung ein.
4. Die Kleingruppe legt den Abschlussbericht zur 73. Sitzung des LAWA – AG vor.